

Wochenschrift. Bezugspreis: für Juni 2 R.-M. auschl. Bestellgeld. Berechnung der Anzeigen nach Zeit-Raum. Preise: Die einzelspaltige Zeile 30 H., f. Familien- u. Vereinsanz., Gesuche 20 H. Die Zeit-Reklameweile 80 mm breit, 1 A. Offertengebühr für Selbstabholer 20 H., bei Ueberlieferung d. d. Post außerdem Porto- u. Zuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Schilling. Geschäftslicher Teil: Josef Hofmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Bestimmung v. Schabenerfolg. Für unbenutzte u. d. Fernpost übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptgeschäftlicher: Dr. Josef Albert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftliche der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Saxonia-Verlagsdruckerei GmbH, Dresden-Kl. 10, Holzschußstraße 44, Telephon 32722, Postfach 101/102 Dresden 14717

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Kl. 10, Holzschußstraße 44, Telephon 32722, Postfach 101/102 Dresden 14717

Krieg und Frieden

Die soziale Gefahr.

Dr. Heinrich Mataja - Wien.

Wie die Menschen so leicht gegebene Tatsachen als unabänderlich hinnehmen, so haben wir alle und mehr oder minder mit der sozialen Verküpfung abgefunden, die alle Kulturvölker spaltet. Die marxistische Lehre hat dem tatsächlichen Zustand der riesigen sozialen Unterschiede in Bezug auf die Chancen irdischen Wohlergehens das Ideal der sozialen Gleichheit gegenübergestellt. Sie erblickt den Ursprung dieser Verhältnisse in der privaten Eigentum an Produktionsmitteln, wodurch dem durch solches Eigentum begünstigten der Ertrag der von anderen geleisteten Arbeit zugeschönt wird. Ihm steht also je nach der Höhe seines arbeitslosen Einkommens der materielle und kulturelle Genuß des Lebens offen, während der Vermögenslose ihm von seinem Arbeitseinkommen Tribut zahlen muß. Die Ausbeuter und die Ausgebeuteten, das sind die beiden Klassen, die einen mit Sporen, die andern mit Sätteln geboren, die einander im Kampf gegenüberstehen, solange es privates Eigentum an Produktionsmitteln gibt. Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft führt eine immer intensiver Konzentration des Eigentums an Produktionsmitteln herbei, so daß schließlich ganz wenigen Ausbeutern Millionen und Millionen von Ausgebeuteten gegenüberstehen werden, und durch eine geringfügige, aus der Unertlichkeit dieser Verhältnisse von selbst resultierende Gewaltanwendung wird ein Teil des Eigentums an den Produktionsmitteln aus den Händen der wenigen Ausbeuter auf die Allgemeinheit übergehen. Dann ist im Gegensatz zur kapitalistischen die sozialistische Gesellschaftsordnung erreicht, der Klassen Gegensatz aufgehoben, die Ausbeutung beseitigt.

Diese Ueberzeugung von der Ausbeutung und vom Klassenkampf ist mehr oder minder bewußt in Millionen von Köpfen eingebrungen. Die Entwicklung des Wirtschaftslebens hat ihm gewaltig Vorschub geleistet. Je leichter der Angestellte (Ausgebeutete) zum Unternehmer (Ausbeuter) aufsteigen konnte, desto weniger scharf war der Gegensatz zwischen beiden. Je kleiner die Betriebe waren, je näher aneinander die verschiedenen Glieder eines und desselben Betriebes lebten, je geringer der Unterschied ihrer Lebensführung war, je mehr der Unternehmer selbst die tatsächliche Leitung seines Betriebes führte, in der Gewerke, im Kontor, im Verkaufsbüro selbst anwesend und für seine Angehörten erreichbar war, desto weniger drängte sich die Idee des Klassenunterschiedes auf. Für gewöhnlich Angestellte kann der Unternehmer immer erreichbar sein, da kennen die Arbeiter noch den jungen Herrn Karl oder Franz, wissen, was die Frau für eine Geborene ist und ob es zu Mittag in der Suppe Leberknödel gegeben hat. Bei hundert Arbeitern verschwindet das allmählich, bei zehntausend ist jeder persönliche Kontakt ausgeschlossen. Der Unternehmer ist nicht mehr eine Person, er ist ein Begriff. Zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter schiebt sich der Angestellte, die Beamenschaft, das Kollegium der Direktoren ein. Die Möglichkeit des Aufstieges auch nur um eine Stufe ist gering.

In diese Atmosphäre fällt nun die unabhängige Propaganda des ausgezeichneten sozialistischen Apparates; dem Arbeitseinkommen verpraßt der Aktionär in den unerreichbaren paradiesischen Gefilden, aus seiner Arbeit hat er seiner Frau das kostbare Edelsteinkollier gekauft, von dem in allen Zeitungen zu lesen ist, dein Hirn und deine Muskeln, werden verschachert, wenn die Kurse der Aktien im Börsensaal ausgeschrien werden. Du kannst dir dieses Pfund Fleisch nicht kaufen, dieses Buch nicht anschaffen, dein krankes Kind nicht aufs Band schicken, weil jene den Glanz und die Pracht des Lebens auf keine Kosten genießen. Das löst auf gegen die Ausbeuter, der Klassenkampfgedanke marschiert. Das ist der Zustand, in dem alle europäischen Staaten sich befinden. Während die Nationalisten der verschiedenen Länder von dem Krieg gegen einander träumen, schwärmt in den Proletariaten der Wille, das Joch der Ausbeutung abzuwerfen, nicht wieder die Handgranate nach dem fremdsprachigen Klassengenossen zu werfen, sondern mit ihr das eigene wirtschaftliche und soziale Recht zu erobern, das ihnen vorenthalten wird. Und statt nun diesen Zustand als unhaltbar, als in höchstem Grade gefährlich zu erkennen, denken die Nationalisten der verschiedenen Länder noch daran, dem „Miesen Proletariat“ mit einer neuen Relegationsklärung das Signal zur Schilderhebung zu geben. Sie können es, scheint's nicht erwarten, bis die bolschewistische Petarde die Tore ihrer Städte sprengt. Denn daß sie diese Gefahr nicht sehen, oder daß sie ihre Tragweite nicht verstehen sollten, wäre kaum zu begreifen.

Will man den Versuch machen, die soziale Gefahr wirklich zu bannen, die Unertlichkeit des gegenwärtigen Zustandes herabzumindern, so muß man sich vor allem drei Dinge zur Richtschnur machen: Man muß, welchem Stand immer man angehört, praktische Arbeit für die Allgemeinheit leisten, man muß an der wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der unteren sozialen Schichten auch um den Preis eigener Opfer mitwirken; man muß dazu beitragen, eine Organisation aufzubauen, die der Organisation des Klassenkampfes gewachsen ist. Die Ueberzeugung von diesen drei Dingen nicht die Gegner

Der Sieg der französischen Linken Die Kandidatur Painlevés

Paris, 1. Juni. Die Wahl des neuen Präsidenten der Republik wird ebenfalls am Freitag um 1 Uhr mittags in Versailles stattfinden. Morgen werden die Parteien der Mehrheit von Kammer und Senat eine Vorabstimmung vornehmen. Es fragt sich, ob das Kartell der Linken noch weitere Mitglieder zu dieser Handlung zuziehen werde. Nach dem Echo de Paris sollen alle die hinzugezogen werden, die dafür gestimmt haben daß die Kandidatur des Kammerpräsidenten Painlevé angeschlagen wird. Bis jetzt spricht man nur von der Kandidatur Painlevés. Die Wähler der Mittelparteien halten auch die Kandidatur des Senatspräsidenten Doumergue für möglich. Einzelne sprechen auch von einem Außenseiter. In Verbindung hiermit sind bereits zwei Namen genannt worden, die Senatoren Pams und Rene Renaud. Die Wähler des Linkslagers jedoch nehmen an, daß der einstimmige Kandidat der Mehrheitsparteien Painlevé sein werde. Nach der Verfassung führt bis zur Inkraftsetzung des neuen Präsidenten der Republik und bis zur erfolgten Ernennung seines ersten Kabinetts das Ministerium Marsal die Geschäfte weiter. Das Kabinett hat also nur formell seine Demission eingereicht. Die tatsächliche Demission des Kabinetts kann erst erfolgen, wenn die Neuwahl des Präsidenten der Republik vollzogen ist.

Paris, 11. Juni. Wie der Matin berichtet, werde Präsident Millerand morgen in seine Villa in Versailles überziehen und seine Tätigkeit als Advokat wieder aufnehmen. Im übrigen werde er sich um den durch den Tod des rechts stehenden Abgeordneten Etitier frei gewordenen Kammerstuhl bemühen.

Die entscheidenden Sitzungen

Der Rücktritt Millerands und des Kabinetts Marsal.

Paris, 11. Juni. Die Kammer trat am Dienstagmittag um drei Uhr zusammen. Der neue Ministerpräsident Francois Marsal hat die

Wortsache des Präsidenten Millerand

verlesen, in der es heißt: Als die Nationalversammlung mir die Ehre gab, mich mit 605 Stimmen an die Präsidentenstelle des Landes zu berufen, wählte die Nationalversammlung durch meine vorher verlesene Erklärung, daß ich die Würde, ins Elisee zu gehen, nur übernehmen würde, um eine nationale Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung, der Arbeit und der Einheit zu verteidigen. Die Verpflichtung, die ich vor dem ganzen Volke felerleicht übernahm, habe ich auch treu gehalten. Indem ich mich darauf berufe, daß der Präsident der Republik von den beiden Kammern nur dann zur Verantwortung gezogen werden kann, wenn er sich des Hochverrats schuldig gemacht hat, halte ich daran fest, daß ich auf sieben Jahre gewählt worden bin. Durch politische Voreingenommenheiten dürfen das nationale Interesse und der Fortbestand der Verfassung nicht gefährdet werden. Ich hoffe, daß die Verfassung hochgehalten werden. Wenn Sie sie aber nicht achten, oder wenn künstlich eine politische Reueheit den Präsidenten der Republik veranlassen kann, sich zurückzuziehen, dann wird der Präsident der Republik nur ein Spielball der Parteien sein. Es sind Kräfte am Werk, die versuchen, im Interesse ihrer Parteien die neue Legislaturperiode mit einer Handlung im Sinne der Revolution zu beginnen. Diesen staatsfeindlichen Bemühungen darf die Kammer nicht statgeben. Wie ich im Bewußtsein meine Verantwortung übernommen habe, so ist jetzt die Stunde gekommen, in der auch das Parlament die Verantwortung zu tragen hat.

Auf Verlangen der Minderheit wurde alsdann in die Debatte eingetreten.

Die Linksparteien blieben ihrer Taktik treu, weder an der Debatte teilzunehmen noch sie durch Zwischenrufe zu verlängern.

Inzwischen wurde in der Kammer bekannt, daß der Senat sich für die Vorlegung einer von den Freunden Millerands eingebrachten Tagesordnung mit 154 gegen 144 Stimmen ausgesprochen hatte. — Alsdann verlas Marsal eine Regierungserklärung:

Die Regierung ist nur gebildet worden, um es den beiden Häusern zu ermöglichen, die Debatte über die Verfassung, welche seit einigen Tagen außerhalb des Parlaments im Gange ist, innerhalb des Parlaments zu führen. Wir stellen uns deshalb der Kammer nicht mit einem Regierungsprogramm vor. Die Entscheidung, die hier bevorsteht, zieht aufs höchste die Zukunft unserer Verfassung in Mitleidenschaft. Die Achtung vor dem Gesetz ist die Garantie unserer republikanischen Einrichtung und für die Erhaltung der öffentlichen Freiheit. ... Hierauf verliest der Kammerpräsident folgende von Herriot eingebrachte

des Klassenkampfes in ihrer Gesamtheit beherrscht, ist an eine Zurückdrängung der Klassenkampfidee nicht zu denken, und mag der sozialistische Gedanke in der Praxis noch so gründlich verfangen, die natürliche Opposition gegen die allzu krasse Ungleichheit und der Trieb nach Aufstieg und kultureller Erhebung wird ihn oder eine andere revolutionäre Bewegung immer wieder aufleben lassen.

Die Kammer ist entschlossen, mit einem Ministerium, das durch seine Zusammensetzung die Verneinung der Rechte des Parlaments darstellt, nicht in Verbindung zu treten, lehnt die verfassungswidrige Debatte, zu der sie aufgefordert wird, ab und beschließt, jede Entscheidung zu verlagern, bis sich eine Regierung vorstellt, die im Einvernehmen mit den souveränen Rechten des Landes gebildet ist.

Das Ergebnis der Abstimmung war folgendes: 329 Stimmen für den gegen Millerand gerichteten Antrag des Abg. Herriot, mit der jetzigen Regierung nicht in Kontakt zu treten, und 214 Stimmen für Millerand. Die Kommunisten stimmten bei Verkündung des Ergebnisses die Internationale an, auch die Minderheit der Rechten veranlaßte ihre freilich lärmende Kundgebungen. Das Kabinett verließ inmitten des Tumults die Kammer und begab sich ins Elisee, um dem Präsidenten der Republik das Abstimmungsergebnis mitzuteilen.

Paris, 11. Juni. Von der Präsidentschaft der Republik wurde abends 8.30 Uhr folgendes amtliches Communiqué veröffentlicht: Der Ministerpräsident Marsal hat sich heute abend in Begleitung seines Kabinetts ins Elisee begeben, um den Präsidenten Millerand von den Ereignissen in der Kammer in Kenntnis zu setzen. Millerand dankte Marsal und seinen Kollegen aufs herzlichste. Der Ministerpräsident unterbreitete Millerand seine Demission. Millerand erklärte darauf, daß er sich auf Grund der Abstimmung in der Kammer zurückziehen werde und bat den Ministerpräsidenten, provisorisch die Geschäfte weiterzuführen. Der Demissionsakt des Präsidenten würde am nächsten Tag in den beiden Kammern verlesen werden.

Da die Neuwahl des Präsidenten 48 Stunden nach der Demission erfolgen muß, wird, auf jeden Fall am Freitag die Nationalversammlung in Versailles den neuen Präsidenten wählen, denn die Demission Millerands wird erst heute nachmittags drei Uhr bei der Verlesung im Parlament offiziell sein.

Urteile über Marx

London, 11. Juni. Der Berliner Berichterfasser des „Daily-Telegraph“ schreibt unter Hinweis darauf, daß schon der Beginn der Freilassung der Ruhrgefangenen als eine Rechtfertigung der Politik des Kabinetts Marx angesehen wurde: In Kreisen, die mit der französischen Wortsache in Fühlung stehen, verläutelt jetzt, daß alle Hoffnung auf eine endgültige Regelung des Konfliktes zwischen Deutschland und der Entente beseitigt. — Der Berliner Berichterfasser der „Westminster-Gazette“ schreibt: Die Hauptaufgabe des Kabinetts Marx sei, das Zusammenwirken mit der gegenwärtigen englischen und der neuen französischen Regierung zur Vereinfachung einer Lösung des chronischen Reparationsproblems. Selbst seine bittersten politischen Gegner würden es kaum wagen, sein Werk zum Scheitern zu bringen. Er habe den Mut, das alles zu versuchen, ohne eine dauernde Mehrheit im Reichstag hinter sich zu haben, weil die Erfahrungen der letzten Tage ihm gezeigt hätten, daß seine Hoffnungen auf Sieg berechtigt seien.

Die Freilassung der politischen Gefangenen

London, 11. Juni. Daily Telegraph beklagt die belgische Regierung zur beabsichtigten Freilassung der politischen Gefangenen in der besetzten Zone und ist der Ansicht, man könne sich darauf verlassen, daß die kommende französische Regierung ein gleiches Verfahren verfolgen werde. Die britische Regierung werde Belgien für seine Haltung dankbar sein, die wie man glaube, eine rasche Besserung in den Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland zu Stande bringen werde.

Erfolge Mussolinis

Mailand, 11. Juni. Die neue italienische Kammer hat der Regierung mit 361 von 468 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Paris, 11. Juni. Eine Havasnote von heute morgen besagt, daß Macdonald der Einladung Mussolinis, mit ihm in der Schweiz eine Begegnung zu haben, nicht annehmen wird. Macdonald zieht es vielmehr vor, Mussolini nach London einzuladen, da seine Arbeiten es ihm augenblicklich nicht gestatten, sich von London zu entfernen.

London, 11. Juni. Durch das sog. Jubaland-Abkommen zwischen England und Italien erhält Italien einen bedeutenden Zuwachs an Gebiet, darunter auch den Hafen von Somalia und einen entwicklungsfähigen Zugang zum Golf von Tadjford.

**Steckenpferd-
Seife**
die beste Lilienmilchseife für zarte weiße Haut